

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. R. Oskar Uebel in Dresden.

Nr. 232

Dresden, Sonnabend, 4. Oktober

1924

Deutschnationale Volksgemeinschaft — Klassenherrschaft! Die Stellung der Sozialdemokraten.

Berlin, 3. Oktober.
Der parteilose „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt über die Politik der sozialdemokratischen Parteiführer u. a.:
„Auch ohne in der Regierung zu sitzen, hat die Sozialdemokratische Fraktion sich bei der Beurteilung der jeweiligen Regierungspolitik ausschließlich von sachlichen Gedankengängen leiten lassen.“
Die unterjährige Wiederholung der Politik rein bürgerlicher Regierungen, soweit es ihr im Interesse des Landes und der Bevölkerung möglich und erforderlich schien. Aber sie war auch zu unerbittlichem Kampfe bereit und fähig, wenn das erforderlich war. Diese Sachlichkeit bleibt nach wie vor Grundbesatz der sozialdemokratischen Politik.
Wir sind in Zukunft bereit, eine Regierung zu unterstützen, der die Verteidigung der Republik Herzenssache ist, die eine Erfüllung der mit Deutschland abgeschlossenen Verträge als lokale Pflicht anerkennt, die in ihrer allgemeinen Außenpolitik das Ziel der Vereinigung und des Friedens verfolgt und eine Innenpolitik nach dem Grundsatz „Jedem das Seine“ betreibt. Diese Politik erfordert u. a. den baldigen Eintritt in den Völkerbund, sobald endgültige Klarheit darüber besteht, daß Deutschland als gleichberechtigter Großmacht behandelt wird, sie erfordert die lokale Erfüllung der Dawesgeleihe und die baldige Realisation des Washingtoner Abkommens. Außerdem steht sie eine Wirtschaftspolitik voraus, die nicht den Charakter einer einseitigen Klassenpolitik trägt und die Rücksicht nimmt auf die allgemeine Notlage der breiten Massen.“

Von diesen allgemeinen innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet konnte für die Sozialdemokratie vorläufig eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichstagsbeschlusses nicht in Frage kommen. Unsere endgültige Stellungnahme zu den Plänen des Herrn Dr. Marx wird schließlich bestimmt von der Klarheit über die Haltung der Deutschnationalen Partei zu der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für notwendig erachteten Innen- und Außenpolitik. Das haben die Abgeordneten Hermann Müller, Weis und Hilferding am Freitag im Verlauf der Verhandlungen, die sie mit dem Reichskanzler führten, ebenfalls zum Ausdruck gebracht. Wenn in den

einmündigen Besprechungen

nur die allgemeinen politischen Fragen in den Vordergrund gestellt wurden, so dürfte das aus guten Gründen gesehen sein.
Der Sinn der Taktik der sozialdemokratischen Führer ist und bleibt, den Bürgerkrieg zu verhindern, und wir glauben, daß der von Hermann Müller, Weis und Hilferding beschrittene Weg dazu die einzige Möglichkeit bietet.
Der beste Beweis dafür ist der Verlauf der Verhandlungen, die der Reichskanzler am Freitag nachmittags mit den Deutschnationalen führte. So sehr auch das amtliche Kommuniqué über den Gang dieser Besprechungen ist, so verrät es doch die

töbliche Verlegenheit,

in welche die Deutschnationalen durch das Verhalten der Sozialdemokraten hineingeraten sind. Es scheint fast, als ob sie die Sprache verloren haben. Damit dokumentieren sie am besten ihre Lage von der „Volksgemeinschaft“. Ihr Entsetzen gilt nicht etwa allein der Absicht des Reichskanzlers, die Sozialdemokratie in die Regierung aufzunehmen, sondern auch den bloßen Verhandlungen, die Dr. Marx am Freitag vormittags mit den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gepflogen hat.
So stehen sich die Deutschnationalen selbst lägen und trennen die von ihnen erstrebte „Volksgemeinschaft“, noch bevor sie überhaupt im Gange begriffen war, als Klassenherrschaft über das Volk.

Die Entscheidung, die vielleicht schon am kommenden Mittwoch die sozialdemokratische Fraktion zu fällen hat, ist unter diesen Umständen nicht schwer, auch dann nicht, wenn die Deutschnationalen einen weiteren Gesinnungswandel vornehmen sollten. Scheitert der Plan des Reichskanzlers, dann gedenkt die Volkspartei, eine Erweiterung der Regierung nach rechts durch einen Wahlkampf zu suchen. Man spricht bereits davon, daß für diesen Fall die Koalitionsparteien einen gemeinsamen Antrag zur Auflösung des Reichstags einbringen werden.“

Die Besprechungen mit den Parteien. Eine endgültige Stellungnahme blieb aus taktischen Gründen vorbehalten.

Berlin, 3. Oktober.
Am Freitag wird gemeldet:
Zu der Aussprache, die am Freitag vormittags zwischen den sozialdemokratischen Fraktionsführern und dem Reichskanzler über eine Regierungsumbildung stattfand, wurde von sozialdemokratischer Seite mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Partei sich bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Reichsregierung nicht von parteitaktischen Erwägungen bestimmen lasse. Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichstagsbeschlusses für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen, aber vor abschließender Stellungnahme völlige Klarheit geschaffen sein müsse über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schicksal der republikanischen Reichsverfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.
Die Regierung war durch den Reichskanzler und den Ernährungsminister Grafen Ranig, die Sozialdemokratische Partei durch Hermann Müller, Weis und Hilferding vertreten.
Am Freitagnachmittag fanden auch die Besprechungen zwischen den Beauftragten der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler über die geplante Erweiterung der Reichsregierung statt. Die deutschnationalen Vertreter bezeichneten den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung als eine völlig neue Tatsache. Die bei einer Erweiterung der Regierung in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden eingehend besprochen. Die endgültige Stellungnahme zu den erörterten Fragen wird die deutschnationale Reichstagsfraktion, ebenso wie die Fraktionen der anderen Parteien, in der nächsten Woche treffen. Von den Deutschnationalen waren Hertz, Weis, Schiele und Behrens erschienen, von der Reichsregierung der Reichskanzler Dr. Marx, der Vizekanzler Dr. Jarres, der Reichsaussenminister Stresemann und der Ernährungsminister Ranig.
Die am Freitag nachmittags abgehaltene Kabinettsitzung hatte mit der Frage der Regierungsumbildung nichts zu tun, sondern beschäftigte sich, wie wir hören, mit anderen Fragen.

Vor der Auflegung der deutschen Wiederaufbauanleihe.

London, 3. Oktober.
Die Verhandlungen über die deutsche Anleihe von 800 Millionen Pfundsterling sind so weit gediehen, daß die Anleihe am nächsten Mittwoch in London und dem Reichstag aufgelegt werden kann. — Der Reichsfinanzminister Dr. Luther, der sich einen Tag hier aufgehalten hat, um persönliche Fühlungnahme mit den Vorbereitungen für die Anleihe an Deutschland zu besprechen, ist wieder nach Berlin abgereist. Er beabsichtigt im Laufe der nächsten Woche nach London zurückzukehren, um das Anleiheabkommen zu unterzeichnen.
London, 4. Oktober.
Die „Times“ meldet, daß die Vorbereitungen für die gemäß dem Dawesbericht vorgesehene deutsche Anleihe bestrebtend fortgeschritten. Soweit man bisher beurteilen konnte, werde das öffentliche Zeichnungsangebot etwa Mitte des Monats erfolgen. Da die Anleihe eine internationale Frage sei, sei mehr Zeit für ihre Vorbereitung erforderlich als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Anleihe nur in einem Lande ausgeben würde. Die Gerüchte über eine Stockung wurden als unwahr abgetan werden. Die Firma Morgan & Co. veröffentlichte gestern eine Erklärung, daß sie von den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens erlitten sei, daß der Unterbreitung der deutschen Anleihe entgegenstehe, indem sie einen Teil davon in den Vereinigten Staaten angedeutet, daß sie von der Anleihe zugrundeliegenden

Sicherheit befriedigt sei und daß mit den ermächtigten Vertretern der deutschen Regierung Verhandlungen eingeleitet seien. Die Notwendigkeit gleichzeitiger Erörterungen mit den verschiedenen kontinentalen Mächten, deren Mitwirkung für den Erfolg der Anleihe wesentlich seien, verzögerte notwendigerweise die Vollendung der Angelegenheit.
Vertagung der Feststellungen der Reparationskommission.
Paris, 3. Oktober.
Am 6. Oktober sollten, laut Dawes-Plan, drei Feststellungen von der Reparationskommission gemacht werden: 1. die Einrichtung sämtlicher Organisationen, die im Londoner Abkommen vorgesehen waren, 2. die endgültige Bildung der neuen Reichsbank und der Reichsbahn-Gesellschaft und 3. die Übergabe der Obligationensertifikate an die Treuhänder. Außerdem sollten die Beiträge abgeschlossen sein, die die Anleihe von 800 Millionen gewährleisten sollten. Es hat sich aber herausgestellt, daß es materiell unmöglich sein wird, an dem betreffenden Tage diese Feststellungen reiflos zu machen. Insbesondere hat sich ergeben, daß die endgültige Bildung so komplizierter Organisationen wie die neue Reichsbahn-Gesellschaft und die neue Reichsbank sowie der Abschluß von Verträgen für die Platzierung der Anleihe eine ungeheure Vorarbeit voraussetzt, die nicht in den in London vorgesehenen Fristen vollzogen werden konnte. Unter diesen Umständen hat der Reparationsagent Houna heute nachmittags bei

der Reparationskommission beantragt, daß die im Dawes-Plan vorgesehene Frist vom 6. Oktober um einige Tage verlängert wird.

Einberufung der Reichstagsfraktionen.

Berlin, 3. Oktober.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zur Besprechung der politischen Lage auf Mittwoch, den 8. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr nach Berlin berufen worden. Der Vorstand der Fraktion wird bereits am Vormittag tagen. — Die Fraktionen der bürgerlichen Parteien treten fast reiflos bereits am Dienstag zusammen. Nur die Zentrumsfraktion hat ihre Beratungen über die Regierungserweiterung auf Mittwoch anberaumt.

Das Presseecho. Nach der Aussprache über die Regierungserweiterung.

Berlin, 4. Oktober.
Die Erklärung der sozialdemokratischen Führer anlässlich der Aussprache über die Regierungserweiterung mit dem Reichskanzler veranlaßt die Berliner Presse vom Freitag abend allgemein zu Kommentaren. So schreibt die „Sächsische Zeitung“:
„Die Antwort, die die sozialdemokratischen Führer dem Reichskanzler auf seine Fragen gegeben haben, zeigt für ihren guten politischen Instinkt. Die Sozialdemokratie hat die politische Notwendigkeit der Stunde erkannt und den schweren taktischen Fehler vermieden, mit dem die Befürworter des Reichstagsbeschlusses sich fahrlässig geredet haben. Sie haben nicht aus Prinzipienreiterei den Gedanken des Reichskanzlers abgelehnt, sondern das sachliche Moment in den Vordergrund gerückt: Eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung kommt für die Sozialdemokratie nicht in Frage. Sie verlangt, daß die künftige Regierung auf dem Boden der Weimarer Verfassung trete und sich zum Schutze dieser republikanischen Reichsverfassung verpflichte. Sie wünscht die Sicherung der Fortführung des bürgerlichen Kampfes in der Außenpolitik. Das sind Voraussetzungen, die so selbstverständlich sind, daß zumindest innerhalb der gegenwärtigen Koalitionsparteien sich jede weitere Diskussion erübrigt.“
Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die sozialdemokratischen Führer hätten lediglich die selbstverständliche Haltung der deutschnationalen Haltung zu den Grundfragen der inneren und äußeren Politik verlangt.
Das Blatt richtet bei dieser Gelegenheit an die Deutsche Volkspartei die Gewissenfrage, ob sie wirklich bereit sei, hundert Sozialdemokraten und achtundzwanzig Demokraten abzugeben, um hunderttausend Deutschnationale zu gewinnen.
Die „Zeit“ äußert: „Wenn es nicht gelingt, eine klare Entscheidung durch eine Erweiterung der Regierung nach rechts herbeizuführen, so wird sie im Wahlkampf gesucht werden müssen.“
Scharf legt die „Deutsche Zeitung“ dem Kanzler zu: „Um die Wahl zwischen rechts und links kommt er auf keine Weise herum. Entweder Hertz-Stresemann oder Birch-Breitscheid“. Aber für das Dazwischenwischen des Reichstagsbeschlusses der Deutschnationalen erübrigt sich, „noch einmal die vollkommene Unhaltbarkeit der Bedingungen darzulegen, die die Sozialdemokraten von den Deutschnationalen erfüllt wissen wollen.“
Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:
„Schon daß sie (die Sozialdemokraten) den angeblichen Verzicht auf parteipolitische Erwägungen in den Vordergrund stellen, macht ihre Haltung verdächtig. Die am Schluß aufgestellten Bedingungen gar zeigten aber das wahre Gesicht des Fruchtes mit aller Klarheit. Ihre Annahme würde für die Deutschnationalen nichts anderes bedeuten, als sich der sozialistischen Herrschaft auf innenpolitischem wie außenpolitischem Gebiet bedingungslos auszuliefern und auf jede eigene Bewegungsfreiheit von vornherein zu verzichten.“